

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Drittel-Jahres)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Abzüge pro Seite:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 22.

Berlin, Mittwoch, 16. März 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein erstes Wort. — Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen. — Jahresbericht des Vereines am Reichsversicherungsamt für das Jahr 1909. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen

Ein erstes Wort.

Den Wert der Presse für die Organisation nachweisen hieße Gulen nach Athen tragen. Wer es sich zur Aufgabe gestellt hat, für unsere Sache zu wirken, wer fortwährend im Kampfe liegt mit den zahlreichen Gegnern unserer Organisation, der vermag am besten zu beurteilen, welche hohe Bedeutung der Presse zukommt, ein wie starker Bundesgenosse sie ist. Er hat dann aber auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß möglichst zahlreichen Kollegen diese Waffe zur Verfügung steht.

Darauf muß uns mehr hingewirkt werden, als die Deutschen Gewerkevereine in dieser Beziehung den anderen Organisationsrichtungen gegenüber im Nachteil sind. Die „freien“ Gewerkschaften finden einen Nischhalt in der sozialdemokratischen, die christlichen in der zentrums- und christlich-sozialen Presse. Unsere Organisation, die sich den parteipolitischen und religiösen Strömungen gegenüber neutral verhält, erfährt sich einer solchen Unterstützung nicht, wenn auch hier und da die Kollegen es verstanden haben, Blätter, die ihrer ganzen Haltung nach unseren Anschauungen nahe stehen, für die Deutschen Gewerkevereine zu interessieren. Inbessenen das sind Ausnahmen; im großen Ganzen sind wir auf uns selbst angewiesen.

Muß da nicht jeder denkende Kollege alles auf bieten, um unserer Presse weiteren Eingang in die Kreise der Mitglieder zu verschaffen? Und gibt es eine bessere Gelegenheit als den diesmaligen Quartalswechsel? Der Verbandsstag steht unmittelbar vor der Tür, und mannigfaltig und bedeutsam sind die Fragen, die ihm zur Lösung gestellt sind. Im „Gewerkeverein“ hat schon eine Art Vorbesprechung darüber begonnen, die nach dem demnächstigen Erscheinen der spezialisierten Tagesordnung sicherlich an Ausdehnung noch gewinnen wird. Und auch die Berichte über die Verhandlungen des Verbandstages selbst können nirgends so ausführlich sein wie im „Gewerkeverein“. Sollten nicht diese Tatsachen allein schon genügen, um die im Vordergrund unserer Bewegung stehenden Kollegen und Kolleginnen zu einer besonders regen Mitarbeit für das Verbandsorgan zu veranlassen? Muß ihnen nicht auch selbst daran gelegen sein, daß eine möglichst große Zahl von Mitgliedern ständig über die Vorgänge in der Organisation und in der Arbeiterbewegung überhaupt unterrichtet und aufgeklärt wird, die den führenden Kollegen als Helfer und Mitstreiter zur Seite stehen?

Weiter! Dem Reichstage liegt gerade jetzt eine Reihe von sozialpolitischen Gesetzentwürfen vor, an deren Gestaltung den deutschen Arbeitern und Angestellten sehr viel gelegen sein muß. Wir erinnern nur an das Arbeitskammergesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung betr. die Regelung der Hausarbeit, das Stellenvermittlergesetz. In aller nächster Zeit kommt dazu der umgearbeitete Entwurf der Reichsversicherungsordnung. Ueber alle diese gesetzgeberischen Aufgaben und ihre parlamentarische Behandlung können die Verbandskollegen und -kolleginnen nicht besser unterrichtet werden als durch das eigene Organ, den „Gewerkeverein“.

Wenn wir schon sonst bei jedesmaligem Quartalswechsel an die Mitglieder die Aufforde-

rung richteten, neue Abonnenten für den „Gewerkeverein“ zu werben, so muß das dieses Mal mit besonderer Eindringlichkeit geschehen. Es muß aber auch angefaßt der ganzen Sachlage erwartet werden, daß unsere Mahnung bei den führenden Kollegen draußen im Lande auf fruchtbaren Boden fällt. Wer als Beamter für unsere Sache tätig ist, wer dem Ausbruch eines Ortsverbandes oder Ortsvereins angehört, wer das Amt eines Vertrauensmannes oder Obmannes bekleidet, muß es als seine Aufgabe betrachten, Abonnenten für das Verbandsorgan zu sammeln. Es darf bis zum 1. April keine Sitzung stattfinden, in der nicht zur Bestellung des „Gewerkeverein“ aufgefordert wird.

Aber damit allein ist es nicht getan. Es gibt zahlreiche Mitglieder, die gern auf das Organ abonnieren möchten, die aber nicht wissen, daß sie nur zum nächsten Postamt zu gehen oder ihrem Briefträger die Bestellung zu übergeben brauchen. Manche sind auch zu bequem dazu. Deshalb muß sich in jedem Ortsverein freiwillig ein eifriger Kollege bereit erklären, das Abonnement entgegenzunehmen und das übrige bei der Post zu veranlassen. Der geringe Abonnementspreis von 65 Pf. für das ganze Quartal, zu dem noch 18 Pf. Postgeld für die Lieferung ins Haus kommen, ermöglichen es zahlreichen Kollegen und Kolleginnen, freiwillige Abonnenten des „Gewerkeverein“ zu werden. Es muß nur etwas Feuer dahinter gemacht werden. Die richtigen Leute müssen die Sache in die Hand nehmen. Und solche haben wir an allen Orten. Darum Freiwillige vor! Wer unsere gute Sache fördern will, muß auch für Verbreitung ihrer Presse sorgen. Niemals ist die Gelegenheit für die Werbearbeit günstiger gewesen. Vah! sie nicht ungenutzt vorüber gehen!

Verbt Abonnenten für den Gewerkeverein!

Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen.

(Schluß.)

Den letzten Vortrag hielt Frau Dr. Jaffé-Nidhosen-Weidberg über „Die Frau in der Gewerbeinspektion“. Sie sprach aus eigener Erfahrung, da sie selbst als Gewerbeinspektorin in Baden längere Zeit tätig gewesen ist. Frauen in der Gewerbeaufsicht gab es zuerst in Amerika, und zwar in Kanada seit dem Jahre 1889. Die Einrichtung bewährte sich dort in erfreulicher Weise, und bald hatten verschiedene Staaten der Union Beamtinnen angestellt, die eine überaus erfolgreiche Tätigkeit entfalteten. Einen besonderen Aufschwung nahm die Sache in Chicago, die ihren Kampf besonders gegen die Auswüchse der Heimarbeit führte und als das Ideal einer Fabrikinspektorin angesehen werden kann. Dem amerikanischen Vorbilde folgten Frankreich und England. In Frankreich sind heute 18 Inspektorinnen tätig, die ebenfalls leistungsfähig wirken. Trotz alledem ist das System derart, daß starke Persönlichkeiten sich nicht durchsetzen vermögen. In England kann man die weibliche Inspektion als mütterlich bezeichnen. Es herrscht dort das System der Zentralisation, wie es ähnlich auch in Baden vorhanden ist. 16 weibliche Beamtinnen bilden stets eine Abteilung unter einer Oberinspektorin, welche die Arbeit verteilt und Anweisungen gibt. Neben der Inspektionstätigkeit haben die einzelnen Inspektorinnen besondere Spezialarbeiten und Untersuchungen zu verrichten. Die Berichte der englischen Beamtinnen zeichnen sich durch ihre Anschaulichkeit vorteilhaft vor den unsrigen aus und können deshalb als vorbildlich gelten. Auch in anderen Kulturstaaten ist man allmählich zu der An-

stellung von Gewerbeaufsichtssistentinnen geschritten, so in Oesterreich, der Schweiz und in Finnland.

In Deutschland hat bereits im Jahre 1894 der Bund deutscher Frauenvereine eine Eingabe um Anstellung weiblicher Fabrikinspektorinnen gemacht. Jetzt sind im ganzen Deutschen Reich 26 Frauen beschäftigt, von denen einige aber nur im Nebenberuf tätig sind. Jetzt angestellt sind in Preußen zurzeit 6, in Sachsen 5, in Bayern 4, in Württemberg, Hessen, Elsaß-Lothringen je 2 und in verschiedenen anderen Bundesstaaten je 1 Beamtin. Ihre Gehälter schwanken in Preußen zwischen 1800—2400 Mark, in Württemberg steigen sie bis 3600 Mark, in Bayern bis 4200 Mark. In den beiden letztgenannten Bundesstaaten sind sie auch pensionsberechtigt.

Ihre Stellung hält die Mitte zwischen höheren und mittleren Beamten. Wo mehrere Gewerbeaufsichtsbeamte vorhanden sind, untersteht der weibliche Beamte dem dienstältesten; es kommt aber auch vor, daß der jüngere Mann berechtigt ist, die ältere erfahrene Beamtin zu forrieren. Was die Tätigkeit der Beamtinnen anbetrifft, so sind ihnen naturgemäß diejenigen Betriebe zur Inspektion überwiegen, in denen in der Haupt Sache weibliche Arbeiter beschäftigt sind. Das Konfektionsfach, die Schuhmacherei, die Heimarbeitwerkstätten, soweit sie der Gewerbeaufsicht unterstellt sind, sind vor allem ihr Tätigkeitsgebiet. Wo Wohlfahrtsanstalten getroffen sind, sollen sie den Unternehmern als Beraterinnen zur Seite stehen. Außerdem aber ist den Beamtinnen die Überwachung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes übertragen. Es handelt sich also keineswegs um untergeordnete Dienste.

Die Erfahrungen, die man mit den Gewerbeinspektorinnen gemacht hat, sind nirgends schlechte, überall befriedigende, bisweilen sogar recht gute gewesen. Die gegen die Beteiligung der Frau an der Gewerbeaufsicht erhobenen Einwände, die Frau sei zu schwächlich für den Beruf, es fehle ihr die Objektivität, weil sie ein zu empfindliches Herz habe, man dürfe der Frau keine obrigkeitlichen Rechte geben, ihr Besuch könnte von den Unternehmern nicht als voll angesehen werden, haben sich in keiner Weise als stichhaltig erwiesen. Der Hauptwert der Einrichtung liegt darin, daß die Arbeiterinnen sich der Geschlechtsgenossen leichter offenbaren. Freilich ist zu wünschen, daß die Sprechstunden der Beamtinnen von den Arbeiterinnen noch mehr besucht werden, als dies bisher geschieht.

Was die Auswahl der Frauen anbetrifft, so müssen diese akademisch gebildeten Kreisen entnommen werden. Sie müssen Ärztinnen, Juristinnen oder Nationalökonominnen sein, weil diese allein als dem akademisch gebildeten männlichen Beamten gleichberechtigt angesehen werden. Neben diesen akademisch gebildeten Damen aber müssen aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Mitarbeiterinnen oder solche, die dem Arbeiterstande nahe stehen, herangezogen werden. Aber selbst bei Beobachtung aller dieser Vorbedingungen kann von einer leistungsfähigen Wirkung der Frau in der Gewerbeinspektion nur dann die Rede sein, wenn die Beamtinnen mit Lust und Liebe ihr Amt ausüben und sich immer der gegenwärtigen, daß sie selbst Schwestern der Arbeiterinnen sind, zu deren Schutze sie wirken sollen.

In der Diskussion über diesen Vortrag schilderten zahlreiche Arbeiterinnen die Erfahrungen, die sie mit der jetzigen Art der Fabrikinspektion gemacht haben. Die Mißstände, die damit verbunden sind, können nur dann beseitigt werden, wenn auch die Zahl der weiblichen Beamten erheblich vermehrt wird.

Der Verbandstag des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte findet vom 15. bis 17. September d. J. in Köln statt. Auf die Tagesordnung sind vorläufig folgende Thematika gesetzt:

„Gefechgebung und Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage; Gefechliche Regelung der Affordarbeit; Gefechliche Regelung der Tarifverträge; Ausgestaltung der Rechtsmittelinstanz; Ausbildung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten (Dienstboten, technische Angestellte, Privatbeamte, Angliederung der Vergewerbegerichte usw.); Vergleichsverfahren; Recht der Wertpensionsklassen; Recht der Fantiemen und Gratifikationen.“

Die Archivverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Berlin SW., Zimmerstr. 90-91, nimmt Vorschläge zu weiteren Thematika in nächster Zeit entgegen.

Arbeiterbewegung. Die Tarifberatungen zwischen den Hauptvorständen im deutschen Holzgewerbe haben erfreulicherweise zu einem befriedigenden Resultat geführt. Auch für diejenigen Orte, für die bisher eine Einigung nicht zu erzielen war, ist eine solche zustande gekommen. Es hängt nun lediglich davon ab, ob auch die örtlichen Organisationen den getroffenen Vereinbarungen ihre Zustimmung erteilen. — In der Schuchfabrik von Herzog in Offenbach a. M. sind Lohnunterschieden ausgebrochen. — In der Lum- und Feuerwehrgeschäftfabrik von H. Perres u. Co. in Sagen i. W. sind Lohnunterschieden ausgebrochen, so daß die dort beschäftigten Holzarbeiter, welche sämtlich unserem Gewerbeverein angehören, die Kündigung einereicht haben. Die Betriebsleitung lehnt Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation ab, so daß der Zugang von Holzarbeitern nach Sagen verhalten werden muß. — Auf der Braunkohlengrube zu Wimmelte b. Schönebeck waren wegen fortwährender Lohnreduktionen und Maßregelung eines Vertrauensmannes die Bergarbeiter in den Streik getreten. Nachdem die Ursache zu den Differenzen beseitigt war, wurde die Arbeiter wieder aufgenommen. — In der Berliner Motorenfabrik, Reindendorfer, ist es zu Differenzen gekommen, die zur Arbeitsniederlegung führten. Bemerkenswert an dem Vorgang ist, daß in dem Betriebe vorwiegend Arbeiter beschäftigt sind, die der gelben Organisation angehören. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen. — Die Schwarzschlosser in Berlin befinden sich seit Anfang dieses Monats in einer Lohnbewegung. Sie fordern Erhöhung der Löhne, Regelung der Zuschläge für Überstunden, die neunstündige Arbeitszeit und früheren Arbeitschluß an Sonnabenden und den Tagen vor den großen Feiertagen. Die in der Vergangenheit gegebene Anregung, eventuell das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, fiel auf fruchtbaren Boden.

Der Streik der Kohlengräber in Australien, der schon monatelang andauert, ist nun endlich beigelegt und die Arbeit am Montag in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. — Der Generalstreik in Philadelphia dauert unverändert fort. — In Bradford (Nordland) waren 7000 Wollkämmer in den Zustand getreten, haben aber inzwischen die Arbeit wieder aufgenommen. — In Chamon (Frankreich) streiken die Metallarbeiter. Leider ist es zwischen den Ausständigen und dem Militär zu ernsthaften Zusammenstößen gekommen. — In Rom sind wegen Ablehnung einer Lohnerhöhung und Maßregelung des Agitationskomitees die Straßenbahnangestellten in den Streik getreten, so daß der Verkehr vollständig ruht.

Die Verteidigung des Streikbruchs ist die neueste Glanzleistung des „Vorwärts“. Wir haben in der Nr. 20 mitgeteilt, daß die im Zentralverbande der Köpfer in Berlin organisierten „Genossen“ sich nicht scheuen haben, auf einem Bau, der wegen rückständigen Lohnes von unseren Kollegen gesperrt wurde, unter Beaufsichtigung von mehreren Polizeibeamten Beschäftigung zu nehmen. Der „Vorwärts“ hat dieses Verhalten noch entschuldigend, weil die Firma, die den Bau ausführte, vorher unter dem Tarif bezahlt, sich nachträglich aber verpflichtet hat, den Tarif inne zu halten. Das Blatt muß selbst zugeben, daß es bei der Firma „des öfteren mit der Lohnzahlung haperte“, daß „dieser Unternehmer nicht gerade stubenrein“ war und daß unsere Kollegen ihren Lohn „allerdings erst nach Drängen“ erhalten hätten. Dem sei noch hinzugefügt, daß tatsächlich nicht alle unsere Kollegen ihren Lohn erhalten haben, und daß mehrere von ihnen von einem Bau derselben Firma in Weissensee noch Forderungen hatten. Grund zur Niederlegung der Arbeit war also reichlich vorhanden. Gern haben unsere Kollegen bei einem solchen

Unternehmer siederlich nicht gearbeitet. Aber angeht des Terrorismus, der von seiten der Verbändler geübt wird, bleibt ihnen nun einmal nichts anderes übrig, als hier und da unter dem Tarif zu arbeiten, wenn sie nicht mit ihren Frauen und Kindern verhungern wollen. Es ist traurig genug, daß die „Genossen“ sie zu einer solchen Handlungsweise, die wohl bedauerlich, aber auch erklärlich ist, zwingen. Noch schmälicher aber ist es, wenn Verbändler einen Unternehmer, der seinen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nicht nachkommt, und der gezwungen werden soll, diese Verpflichtungen zu erfüllen, herausstreifen und Streifschendienste leisten. Das ist in diesem Falle geschehen, und der „Vorwärts“ verteidigt diese Handlungsweise noch. Den Vorturf der Heuchelei, der uns gemacht wird, können wir also dem sozialdemokratischen Zentralorgan mit größerer Berechtigung zurückgeben.

Einem schweren Verlust hat unsere Organisation erlitten. Am Sonnabend, 12. März, verstarb plötzlich infolge eines Schlaganfalls der Kollege

Wilhelm Neugebauer

in Spremberg im Alter von 64 Jahren. Der Verschiedene bekleidete lange Zeit das Amt eines Generalsekretärs und zuletzt das des zweiten Vorsitzenden im Generalrat des Gewerbevereins der Deutschen Textilarbeiter, dem er seit 40 Jahren als Mitglied angehörte. Wo es galt, für die Ideen der Deutschen Gewerbevereine einzutreten, war Neugebauer zur Stelle. Deshalb wird auch der Gesamtverband dem Verstorbenen stets ein dankbares Andenken bewahren.

Gezellennot auf dem Lande und in der Kleinstadt. Nicht nur die Landwirtschaft hat über Leutenot zu klagen, auch im gewerblichen Leben der Kleinstadt und auf dem Lande macht sich nach der Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ für die auf Hilfskräfte angewiesenen Handwerker seit einigen Jahren eine zunehmende Gezellennot bemerkbar. Das Streben des Handwerkers, der an kleinen Orten seine Lehrzeit beendet hat, geht dahin, nach Ansammlung kleiner Ersparnisse in die Großstadt zu gehen. Hier findet er einmal seiner bescheidenen Ansprüche wegen und andererseits, weil die eingehende handwerksmäßige Ausbildung in der Kleinstadt in vielen Gewerben bei den Großstadtmessern in hohem Ansehen steht, leicht dauernde Beschäftigung. Die frühere Sitte des Wanderns der Handwerker ist für die in der Kleinstadt ausgebildeten Hilfskräfte zu dem allgemeinen Zuge nach der Großstadt geworden. Der Handwerksgehilfe der Großstadt hingegen empfindet eine Scheu, aufs Dorf und in die Kleinstadt zurückzukehren, zumal es ihm nur nach langem Wandern oft möglich ist, Beschäftigung zu finden. Die Frage des Arbeitsnachweises für gewerbliche Arbeiter für Dorf und Kleinstadt ist infolge der zunehmenden Gezellennot brennend geworden, so daß sie zu einer Regelung durch die Innungen und Handwerkskammern herangereift ist. Vor allem gilt es das Netz der bestehenden Nachweise so auszubauen, daß größere Arbeitsmarktgebiete, Großstadt, Mittelstädte, Kleinstädte und Dörfergemeinden zu einem Ganzen zusammengeschlossen werden. Das Rückgrat für einen solchen Ausbau bilden schon die bestehenden Arbeitsnachweiseverbände, deren Zahl vermehrt werden soll, und von denen jeder seine Verbindungen bis in die kleinsten Ortschaften hinein unterhalten muß. Eine Unterstützung der Bestrebungen zur Zentralisierung der Ueberblick und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bildet eine wesentliche Voraussetzung zur Verminderung der Gezellennot in der Kleinstadt und auf dem platten Lande.

Eintrittsgeld in den amerikanischen Arbeiterorganisationen. Seit langer Zeit beschwerten sich die europäischen Arbeiter darüber, daß die zugewanderten Arbeiter in den Vereinigten Staaten gar nicht oder nur unter erheblichen Kosten in die amerikanischen Arbeiterverbände aufgenommen werden. Das Eintrittsgeld ist oft so hoch, daß ein Zugewandelter es auf keinen Fall erzwängen kann. Ohne Zugehörigkeit zur Arbeiterorganisation ist aber in vielen Berufen keine Arbeit zu finden oder wenigstens keine einigermaßen gut bezahlte Arbeit. Eine vor kurzem aufgestellte Statistik über die Eintrittsgelder in amerikanischen Arbeiterorganisationen läßt auch im einzelnen erkennen, wie hoch sich die Aufnahmegebühren stellen. Von 2459 Ortsvereinen, die in die Untersuchung

einbezogen wurden, konnte in 2353 Vereinen die Höhe des Eintrittsgeldes ermittelt werden. Danach stellten sich die Aufnahmegebühren bei 81 Vereinen bis zu einem Dollar, bei 247 Vereinen auf 1—2 Dollar, bei 456 Vereinen auf 2—5 Dollar, bei 631 Vereinen auf 5—10 Dollar, bei 389 Vereinen auf 10—15 Dollar, bei 115 Vereinen auf 15 bis 20 Dollar, bei 107 Vereinen auf 20—25 Dollar, bei 240 Vereinen auf 25—30 Dollar, bei 2 Vereinen auf 30—40 Dollar und bei 65 Vereinen auf 40—200 Dollar. Solche hohe Eintrittsgelder können die eingewanderten Arbeiter natürlich nur in den seltensten Fällen aufbringen.

Als 413. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 20. März, im Bürgeraal des Rathauses ein Schumann-Abend statt. Beginn 7 Uhr. Es werden mitwirken: Herr Gustav Ernest (Vortrag am Klavier), Fräulein Dannewitz (Gesang), Herr Gustav Franz (Gesang).

Ferner findet am gleichen Tage abends 7 Uhr als 414. Veranstaltung des genannten Vereins im Bürgeraal des Rathauses ein Projektionsvortrag über „Alt-Berlin“ von Herrn Dr. Max Döbner statt.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Jauer und Umgegend.

Unser Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 5 Vorstands-, 5 kombinierten Vorstandssitzungen und 3 Ortsverbandsversammlungen. Mit Genugtuung können wir auf das verfloßene Jahr zurückblicken, da wir mancherlei Erfolge erzielt haben. So hat sich der Verein der Deutschen Kaufleute dem Ortsverbande angeschlossen, um mit uns gemeinsam für die Gewerbevereinsidee zu wirken. Dadurch gehören dem Ortsverbande 6 Ortsvereine an. Seine Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Jahre um 69 gesteigert. Vielen durchreisenden Kollegen wurde die übliche Unterstüßung gewährt. Von Bedeutung ist auch, daß es gelang, bei den letzten Stadtvorordnetenwahlen den Ortsverbandsvorsitzenden in das Stadtparlament zu entsenden. Auch im neuen Jahre werden wir in jeder Beziehung unsere Schuldigkeit tun, um unsere Zwecke zu fördern und ihre recht viele neue Mitglieder zuzuführen.

R. Koblitz, Schriftführer.

Ortsverband Mannheim.

Unser Ortsverband, dem 17 Ortsvereine angehören, erledigte seine Geschäfte in 12 Vertreterversammlungen, 3 engeren Ausschüßsitzungen, 6 kombinierten Ausschüßsitzungen und 5 Ortsverbandsversammlungen. Außerdem wurde noch eine Anzahl Kommissionssitzungen abgehalten, die sich mit den sozialpolitischen Fragen beschäftigten. Viel Arbeit verursachte die Gewerbevereinswahl, bei der leider eine große Anzahl unserer Kollegen ihre Schuldbiligkeit nicht getan hat. Trotz des Zusammengehens mit den evangelischen Arbeitervereinen konnten wir nur zwei Mandate erringen, ein Resultat, das in seinem Verhältnis zu unserer Stärke nicht. Zu der Denkschrift des badiischen Ministeriums des Innern über die Arbeitslosenversicherung hat unser Ortsverband ebenfalls Stellung genommen, sowohl durch schriftliche Meinungsäußerung als auch durch Beteiligung an der Konferenz aller Interessenten vor dem badiischen Ministerium des Innern. Leider ist diese Konferenz bekanntlich resultatlos verlaufen. Auch zur Frage der Arbeitsnachweise hat der Ortsverband Stellung genommen und seinen Standpunkt in einer Resolution dargelegt, die bereits in Nr. 102 des vorigen Jahrganges des „Gewerbeverein“ veröffentlicht worden ist. In den Ortsverbandsversammlungen wurden mehrere belehrende Vorträge über zeitgemäße Thematika gehalten, über „Reichsversicherungsordnung“, „Arbeitslosenversicherung“, „Arbeitsämter und Arbeitsnachweise“, „Gewerbegerichte und Gewerbegerichtswohnen“. Auch die Frage der Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene hat den Ortsverband beschäftigt, leider ohne Erfolg. Trodem wird die Angelegenheit weiter verfolgt werden, um der Arbeiterschaft auch auf diesem Gebiete zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Das neue Jahr legt uns neue Pflichten auf. Die Bestrebungen des vereinigten Unternehmertums, die Rechte der Arbeiter immer mehr einzuschränken, müssen dazu führen, daß die Arbeiter sich immer strenger organisieren und ihre Organisation ausbauen, um den einseitigen Maßnahmen der Arbeitgeber mit genügender Widerstandskraft begegnen zu können. Darum rufen wir allen Kollegen zu: Legt eure Gleichgültigkeit ab! Werde jeder ein eifriger Mitarbeiter und Agitator für unsere Organisation. Wirkt energisch für unsere Sache mit Lust und Energie, besetzt von dem festen Willen, den edlen Kampf aufzunehmen für unsere Gewerbevereine, zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters, sowie für seine Rechte und Freiheiten!

J. B.

Unterländer Ortsverband Redarsum.

Unser Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Ausschüß- und 2 kombinierten Sitzungen. Es fanden 2 große Versammlungen statt. In der ersten referierte

